

BELARUS: SOLIDARITÄT MIT STUDIERENDEN UND DEM GESAMTEN HOCHSCHULPERSONAL

16.09.2020

Seit den offenkundig beeinflussten Präsidentschaftswahlen am 9. August 2020 gehen jeden Tag hunderttausende Belaruss*innen auf die Straße, um friedlich gegen den manipulierten Wahlausgang zu demonstrieren. Viele der Demonstrierenden werden durch staatliche Institutionen und Gewalteinwirkung unter Druck gesetzt, verhaftet und zusammengeschlagen. Unter Ihnen sind Studierende und Dozierende, welche sich für ein Ende der Gewalt und für Neuwahlen unter fairen und freien Bedingungen aussprechen. Seit Beginn des Wintersemesters am 1. September gehen die Staatsorgane auch direkt in die Hochschulen, teils ohne Kennzeichnung, um dort willkürlich Studierende und Hochschulmitarbeiter*innen zu verprügeln und unter Druck zu setzen. Der Staat fordert im gleichen Zuge die Hochschulleitungen auf, die freie Meinungsäußerung an den Hochschulen zu unterbinden.

Wir schließen uns daher der Erklärung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde an, welche vom noch amtierenden Präsidenten Lukaschenko sowie von den Verantwortlichen aus der Regierung das sofortige Ende der Gewalt gegen alle Angehörigen der Universitäten und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen fordert.

Wir, der Allgemeine Studierendenausschuss der Universität Mainz, erklären uns solidarisch mit allen Studierenden, Professor*innen, Wissenschaftler*innen sowie dem gesamten Personal der Hochschulen in Belarus.

Zur Erklärung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde:

<https://www.dgo-online.org/gewalt-an-universitaeten-in-belarus/>

Arbeitsbereich für Hochschulpolitik

ASTA Universität Mainz
Staudingerweg 21
55128 Mainz
hochschulpolitik@asta.uni-mainz.de

Referat International

ASTA Universität Mainz
Staudingerweg 21
55128 Mainz
international@asta.uni-mainz.de

Arbeitsbereich für Politische Bildung

ASTA Universität Mainz
Staudingerweg 21
55128 Mainz
politischebildung@asta.uni-mainz.de